

Sicherheit ist nicht umsonst zu haben!

Bereits während des Wahlkampfes zur Landtagwahl war das Thema Innere Sicherheit nur schwer zu finden. So fand man es in den Wahlprogrammen erst nach langem Suchen auf den hinteren Seiten. Inhaltlich waren es dann auch mehr wolkige Ankündigungen als konkrete Maßnahmen für die Polizei und ihre Beschäftigten. Auch die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Die Linke sieht da nicht besser aus. Und vielleicht ist es für die Landesregierung unter Manuela Schwesig (SPD) und dem Innenminister Christian Pegel (SPD) in diesem Sinn auch nur konsequent, die Innere Sicherheit und die Polizei in diesen Tagen als Randthema zu betrachten.

Ist doch alles im grünen Bereich – es gibt wohl drängendere und wichtigere Probleme!

Während andere noch die Ernennungen von Auszubildenden, die Polizeistärke in der Fläche und die Interventionszeiten bei Polizeieinsätzen zur Chefsache erklärten, äußert sich zu diesen Themen nur noch die Pressestelle des Innenministeriums.

Ironische Menschen würden sagen: „Ja, was willst du denn erwarten? Es gibt ja noch nicht einmal eine Arbeitsgruppe – und wir haben bekanntlich viele Arbeitsgruppen in der Polizei –, die sich damit beschäftigt, wie man die Zahl von 6.200 Polizeibeschäftigten überhaupt bis spätestens 2026 erreichen will. Und ohne Arbeitsgruppenergebnis kann der Minister nichts präsentieren.“

Andere behaupten, die Landesregierung hat sich vom Thema Innere Sicherheit und Polizei schon längst still und heimlich verabschiedet.

Sie traut sich nur nicht, dies auch der Bevölkerung mal mitzuteilen.

Nur genug Personal schafft Entlastung!

In den Basisdienststellen wie den Polizeirevieren und den Kriminalkommissariaten ist es jedenfalls trauriger Alltag und für jeden sichtbar: Es mangelt überall an Personal. Die seit Jahren extrem hohe Anzahl von Durchfallern und Abbrechern bei den Anwärtern tut ihr Übriges, um einem den Glauben an einer wirksamen personellen Stärkung zu nehmen. Es ist inzwischen trauriger Standard, dass der Dienstgruppen- oder Schichtdienstleiter als Mädchen für alles alleine im Revier zurückbleibt, während sich im Zuständigkeitsbereich ein oder zwei Streifenwagen um Hilferufe, Aufnahmen von Strafanzeigen oder Unfällen kümmern müssen. So manche Führungskraft in den Kriminalkommissariaten, soll mehr Sachbearbeitung statt Führung leisten müssen. Eine vorbeugende, für die Wohnbevölkerung sichtbar werdende Präsenz bzw. Kriminalitätsbekämpfung ist so garantiert nicht zu gewährleisten.

Aber vielleicht ist ja das der Grund, warum wir laut über Flächeneinsparungen von 30 Prozent in den Polizeidienststellen und Einsparungen an Geld in Höhe mehrerer Millionen Euro in der Polizei diskutieren. Vielleicht überlegt man: Muss die Polizei wirklich überall präsent sein? Kann man ein Revier,

das dauerhaft nur noch 25 dienstfähige Mitarbeiter hat, nicht schließen? Macht eine Station, die nur ein paar Stunden im Monat besetzt werden kann, überhaupt

Sinn? Und da Interventionszeiten von über 20 Minuten schon zum Anfang der neuen Struktur klaglos hingenommen wurden, reicht es da nicht aus, wenn der letzte verbleibende besetzbare Streifenwagen nur noch Notrufe abarbeitet? Positive Nebeneffekte: Dadurch spart man ja auch Dieselmotorkosten, weil keiner mehr präventive Fahrten in die Fläche durchführen kann. Und wir werden zukünftig eine noch bessere und hervorragendere Kriminalitätsstatistik mit weniger Straftaten haben. Denn wo keine Polizei ist, da findet auch bestimmte Kriminalität gar nicht mehr statt. Oder glaubt jemand ernsthaft, dass jemand sich selber anzeigt, wenn er oder sie z. B. unter Alkohol fährt oder mit Drogen handelt? Dass jemand in die weiße Stadt fährt, um z. B. das gestohlene alte Fahrrad anzuzeigen?

Könnte man wenigstens was für die tun, die den Laden am Laufen halten?

Natürlich, aber dafür müsste man es auch wollen! Zum Beispiel könnte man die Wochenarbeitszeit im Wechselschichtdienst für diejenigen absenken, die seit 20 Jahren Schichtdienst leisten oder lebensälter sind. Man könnte die Heilfürsorge und die Beihilfe so anwenden, dass diejenigen, die durch den Dienst krank wurden, sich wenigstens nicht um jeden Cent streiten müssen. Man könnte präventiv Kuren verordnen, damit Menschen – trotz zu hoher Belastung – länger im Dienst verbleiben.

Jedem ist klar, die Anforderungen an Quantität und Qualität sind in der Polizei gestiegen. Trotzdem gibt es weder Höhergruppiertungsprogramme für den Arbeitnehmerbereich noch ansatzweise genug Aufstiegslehrgänge für die Beamten des mittleren Dienstes. Auch von der Anpassung von Stellenanteilen – insbesondere der Erhöhung des Anteils des gehobenen Dienstes – kann man nur träumen.



Foto: GdP MV



Man könnte wirklich vieles, wohlgemerkt: man könnte!

Stattdessen blockiert man lieber jede Anpassung einer Tätigkeitsbeschreibung an die gelebte Realität und gewährt keine Zulagen. Man sagt lebensälteren Mitarbeitern, wer den Hauptmeister/Hauptmeisterin zum Ruhestand nicht erreicht habe, der habe es auch verdient. Man erklärt jungen Menschen, dass sie ja gewusst hätten, dass sie sich für den mittleren Dienst entschieden haben und es keinen Anspruch auf Aufstieg gibt. Und so wird der Satz, den viele bei ihrer Einstellung gehört haben, dass so mancher Polizeipräsident im mittleren Dienst begonnen habe, rückblickend eher nach Hohn als nach Motivation klingen. Dass in anderen Bundesländern der mittlere Dienst grund-

sätzlich verschwindet und man über Einstiegsämter A 10 diskutiert, rundet das Ganze dann nur noch ab.

Konsequenterweise verabschiedet sich Mecklenburg-Vorpommern übrigens auch aus dem Besoldungsmittelfeld in Richtung Keller. Und wer glaubt, dass unsere in Kussel getötete Kollegin und unser Kollege zum Umdenken in der Politik geführt haben, hat sich gewaltig geirrt. Nach der kurzzeitigen bundesweiten Betroffenheit bleibt die Versorgungssituation von Hinterbliebenen abhängig von der Kassenlage des jeweiligen Bundeslandes.

Bleibt dann noch die Digitalisierung. Diese soll ja die wenigen verbliebenen Mitarbeiter zukünftig entlasten. Aber anstatt in dringend erforderliches Fachpersonal für die Digitalisierung zu investieren, schwingt das Damoklesschwert des ZDMV über den

Köpfen von vielen Beschäftigten in unserer Landespolizei. Keiner der wahrscheinlich Betroffenen hat eine konkrete Vorstellung darüber, was ihn erwartet. Insbesondere die Sorge um die Zukunft der polizeilichen Fachanwendungen und deren Betreuung treibt viele Praktiker um. Und während sich nun viele Mitarbeiter und Ministerien leise und heimlich aus dem Projekt ZDMV verabschieden, wird es der Polizei als zukünftiges Erfolgsprogramm verkauft. Getreu dem Motto: Das wird doch wohl zu schaffen sein, dass eine Gans glaubt, dass Weihnachten ein schönes Fest ist.

Mir bleibt am Ende nur eines zu sagen: Die Wertschätzung der Polizei muss endlich durch Taten und nicht durch Sonntagsreden von Politikern erfolgen!!! ■

!!! KEIN SOMMERLOCH – TEIL 1!!!

Innere Sicherheit keine Kernaufgabe der rot-roten Landesregierung?

– Die Polizei in MV kann zurzeit nur noch das Notwendigste leisten –

„Liebe Politiker: Hört endlich auf, der Bevölkerung weismachen zu wollen ‚Die Polizei wächst wieder‘ und alles ist sicher. Die Wahrheit ist: Die Polizei in MV kann zurzeit nur noch das Notwendigste leisten“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen wenden sich an die GdP, weil sie am Ende sind. Die Folgen der zu Hunderten fehlenden Polizistinnen und Polizisten sind offensichtlich. In den Kriminalkommissariaten stapeln sich die Akten. In den Polizeirevieren schafft man es nur mit Mühe, einen Streifenwagen zu besetzen, der von Einsatz zu Einsatz hetzt. Präventive Streifen in der Fläche und Tourismushochburgen sind fast gar nicht mehr möglich. Hinzu kommen permanent Großereignisse wie Fußballspiele, Festivals und Demonstrationen. Und



Foto: GdPMV

Gewerkschaft
der Polizei
Mecklenburg-Vorpommern



so kann der immer lauter werdende Ruf nach der Polizei nur mit „Kein Personal! Bitte warten Sie“ beantwortet werden.

... nur das Notwendigste kann noch realisiert werden

Schumacher weiter: „Meine Kolleginnen und Kollegen tun ihr Menschenmöglichstes. Sie

fühlen sich den Menschen im Land verpflichtet. Sie können aufgrund des überall fehlenden Personals aber nur das Notwendigste an Einsätzen realisieren. Das belastet zusätzlich und macht krank.“ Der Staat ist dafür da, seine Bürger zu schützen. Wenn die Ministerpräsidentin und ihr Innenminister dies aber nicht zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen wollen und sich stattdessen von dieser Aufgabe Stück für Stück zurückziehen,

dann sollte es keinen wundern, wenn sich auch immer mehr Menschen von der Politik abwenden. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Sonntagsreden gab es genug.

„Die Politik muss höllisch aufpassen, dass die Bevölkerung nicht dauerhaft das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Landes und seiner Sicherheitsbehörden verliert. Bürgerwehren und Selbstjustiz wären die Folge“, so Schumacher abschließend. ■

!!! KEIN SOMMERLOCH – TEIL 2 !!!

Probleme verschwinden nicht, wenn man sie ignoriert

– Fürsorge und Fehlerkultur sind anders –

„Müssen erst Kolleginnen und Kollegen vor Erschöpfung zusammenbrechen, müssen erst Bürger komplett das Vertrauen in die Einsatzfähigkeit der Polizei verlieren, damit die Landesregierung reagiert? Anstatt sich ernsthaft mit dem andauernden Personalmangel und der massiven Belastung der Polizei auseinanderzusetzen, behauptet die Pressestelle des Innenministeriums, dass die GdP Vorwürfe an den Haaren herbeizieht und redet als Pressestelle das Problem klein. Da fehlt mir jedes Verständnis“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.

es kein Problem gibt, dann soll wenigstens die GdP (!) und nicht das Innenministerium das angeblich nicht vorhandene Problem lösen.“

Schumacher: „Ich frage mich ernsthaft, wie soll man solche Worte den Kolleginnen und Kollegen draußen erklären? Es geht der Gewerkschaft der Polizei nicht um Schuldzuweisungen, es geht uns um die Lösung des Problems. Aber dafür müsste die Landesregierung ja akzeptieren, dass es ein Problem gibt. Stattdessen ruft man mantramäßig: „Es gibt kein Problem, es gibt kein Problem.““

Jeder in der Polizei weiß, dass uns Hunderte von Menschen (!) an der Zielstärke von 6.200 einsatzfähigen Polizeibeschäftigten fehlen und es keinen erkennbaren Plan gibt, wie man diese Zielstärke erreicht. Was meldet aber der NDR aus dem Innenministerium überraschend: „Das Land baue keine Stellen ab, sondern wolle mehr schaffen.“

„Liebe Ministerpräsidentin, lieber Innenminister, Probleme verschwinden nicht, weil man sie ignoriert. Probleme verschwinden, weil man sie offensiv und lösungsorientiert angeht“, so Schumacher abschließend. ■

Was war passiert?

In ihrer gestrigen (4. August 2022 Anm. d. Red.) Pressemitteilung machte die GdP zum wiederholten Male auf die desaströse Situation der Polizei aufmerksam und forderte die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und den Innenminister Christian Pögel (SPD) auf, sich des Themas endlich offensiv anzunehmen. Die Reaktion aus dem Innenministerium über die Medien kam prompt: „Zu keiner Zeit war oder ist die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern handlungsunfähig“ – Motto: Bis jetzt ist es ja immer noch gut gegangen. Und noch besser: „Aber statt konstruktive Kritik zu bringen, seien die Vorwürfe der GdP an den Haaren herbeigezogen“ (Quelle NDR). Motto: „Wenn





Frauen rocken in MV den Generationenwechsel – schlagfertig, Streitbar und sachlich

In der Polizei Mecklenburg-Vorpommern haben im Mai 2022 die Wahlen der Gleichstellungsbeauftragten stattgefunden.

Unsere GdP-Frauen waren erfolgreich. Von den 18 Gleichstellungsbeauftragten sind 15 Mitglieder in der GdP. Bei den Stellvertreterinnen ist die Quote geringer. Hier werden wir unsere Stärke weiter ausbauen.

Getreu dem Motto nach der Wahl ist vor der Wahl, wurde zeitnah die Koordinatorin für Gleichstellung in der Landespolizei durch die Gleichstellungsbeauftragten gewählt. Viele Jahre hatte Kollegin Kerstin Bartz das Amt inne und übergibt nun an die nächste Generation. Ihr gebührt großer Dank für ihr Engagement und das Erreichte in der Polizei. Für die Zukunft wünschen wir alles Gute.

An einem sonnigen Sommertag haben wir uns sehr gefreut, dass unsere Sandra Konkol (Mitglied des Geschäftsführenden Landesfrauenvorstandes) in diese Funktion gewählt wurde.

Die Gleichstellung wird in den kommenden vier Jahren die Vernetzung und Außen-

darstellung stärken. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalräten, insbesondere dem Hauptpersonalrat, soll weiter verbessert werden.

Künftig ist es der Wunsch, dass bei öffentlichen Auftritten neben dem HPR-Vorsitzenden und dem Landesvorsitzenden der GdP auch die Gleichstellungsbeauftragte genannt wird. Es gibt ein neues weibliches Gesicht in der GdP neben der Vorsitzenden der Frauengruppe und das muss sichtbar werden.

Innerhalb der GdP soll die Anerkennung der Frauen in der Funktion als Gleichstellungsbeauftragte spürbar werden.

Unsere GdP-Frauen widmen sich hochrangigem Recht im Rahmen der Gleichstellungsarbeit, das bedeutet einen Vorteil für die GdP. Denn die Verzahnung zwischen GdP und Gleichstellung ist z. B. gegenüber politischen Entscheider*innen sowie in Gremien spürbar. Das können wir im Austausch mit der ministeriellen Ebene nutzen und vor die Lage kommen.

In den ersten Monaten nach der Wahl zeigt sich, dass die Fragen der neuen, jungen Frauen teilweise einer längst vergangenen Zeit angehören.

So kam die Frage einer Kollegin auf: „Warum können Männer die Gleichstellungsbeauftragte nicht wählen?“

In unserer Organisation sind ebenso Vorurteile zu und Unkenntnis über die Gleichstellungsarbeit hörbar.

Eine weibliche Führungs-

kraft meinte im Austausch mit den Gleichstellungsbeauftragten: „Die Gleichstellungsbeauftragten werden als Gegner wahrgenommen, da sie nicht ausreichend kommunizieren und meist eine Genderlocke brauchen. Gleichstellung will immer Ausnahmen.“

Für unsere Sozialisation können wir nichts, doch haben wir immer die Möglichkeit, diese kritisch zu hinterfragen und weiter den Weg der Chancengleichheit zu gehen.

So wird es gelingen: Die erfahrenen Hänschen nehmen die frisch gewählten an die Hand, begleiten und bestärken sie.

Ziel ist es, Frauen sichtbar zu machen, auch in der Gleichstellungsarbeit selbst.

Viele junge Berufsanfänger*innen empfinden noch keine strukturelle Benachteiligung. So ist die Akzeptanz der Gleichstellungsarbeit kaum vorhanden.

Erst nach Jahren in der Berufswelt, insbesondere wenn persönliche, familiäre Veränderungen hinzukommen oder eine Karriere ins Stocken gerät, ist die Benachteiligung wahrnehmbar und es wird deutlich, dass die Gleichstellung noch hakt.

Die Polizei ist zweifellos eine noch immer männlich dominierte Struktur und teilweise leben die Frauen in oberster Führung noch nicht das Credo der Schwesterlichkeit. Die neuen Führungsmodelle (z. B. Leadership, mitarbeiterorientierte Führung) werden als nicht umsetzbar empfunden und Führung in Teilzeit eher gebremst als gefördert.

Die Beteiligung der Gleichstellung muss noch wachsen, so gibt es auf allen Entscheidungsebenen noch Luft nach oben hinsichtlich Beteiligungsverfahren für die Gleichstellungsbeauftragten.

Ein Schritt in die richtige Richtung wurde in einem Präsidium gemacht, dort wurde erreicht, dass die Gleichstellungsbeauftragten künftig in die Beurteilungskonferenzen eingeladen werden und den





Stellenbesetzungsplan bekommen. Bisher ist die Freistellung auf Landesebene lediglich bis 50 Prozent vorgesehen. Das reicht bei der Komplexität der Themen und dem Arbeitsaufwand bei Weitem nicht aus. Hier ist der Vergleich zu den Personalräten erlaubt, bei denen volle Freistellung, an der Anzahl der Mitarbeitenden ausgerichtet, selbstverständlich ist.

Als Erfolg kann verbucht werden, dass eine Koordinatorin im Präsidium nach der Wahl 75 Prozent Freistellung erhalten hat. Das ist der richtige Weg.

Um die Ziele zu erreichen und gemeinsam für die Kolleg*innen einen guten Job

zu machen, ist die Vernetzung untereinander essenziell.

Maßnahmen

- Um diesen Kontakt herzustellen, hat die Landeskoordinatorin persönliche Glückwunschkarten versandt und den GdP-Schlüsselanhänger in magenta mit Frauengruppe-Logo beige packt.
- Es gibt regelmäßige Vernetzungstreffen zwischen Gleichstellungsbeauftragten, Personalrätinnen und Gewerkschafterinnen.
- Ebenso wird die Teilnahme an dem jährlichen Herbstseminar mit Kinderbetreu-

ung in diesem Jahr für Personalrätinnen geöffnet.

- Thematisch werden sich die Frauen mit Grundkenntnissen aus dem Gleichstellungsrecht und dem Personalvertretungsrecht befassen. Es wird ein eintägiger Workshop zum Thema Sexismus mit dem Betrieblichen Beratungsteam Mecklenburg-Vorpommern angeboten.
- Die begonnene Zusammenarbeit mit der Frauengruppe soll weiter ausgebaut werden.

Habt auch ihr Interesse an der Vernetzung mit der Frauengruppe? Dann schreibt uns an frauengruppe-mv@gdp.de. ■

Das Landeskriminalamt kam ins Schwitzen

Im Juli wurde bei schönstem Wetter der 4. Sport- und Gesundheitstag durchgeführt.

Kolleg*innen von 22 bis 64 Jahren folgten dem Aufruf, auf dem Lambrechtsgrund in Schwerin das Deutsche Sportabzeichen abzulegen.

In Laufdisziplinen, Kugelstoß und Medizinballwurf, Sprungdisziplinen und Walking haben sich insgesamt 225 Sportbegeisterte aus allen Sparten der Behörde gemessen.

Die Unterstützung durch Angebote aus der Sport- und Gesundheitsbranche in

Schwerin fiel in diesem Jahr aufgrund personeller Engpässe sehr gering aus.

Wir als Kreisgruppe der GdP haben diese Lücke ein wenig gefüllt mit einem kostenfreien Obst- und Wasserangebot.

Viele nutzten die Möglichkeit, mit uns ins Gespräch zu kommen, wir konnten uns nach langen Jahren persönlich sehen und einige neue Kolleg*innen aus der bisherigen Unbekanntheit holen.

Wir gratulieren allen zu den abgelegten Leistungen und wünschen den Verletzten gute Genesung.

Auf ein baldiges Wiedersehen! ■



Foto:GdPLKAMV

DGB

Das Hitze 1x1

für Jobs unter freiem Himmel

1. Durstlöschen ist Sache vom Chef! Ihr habt ein Recht auf Getränke.
2. Der Chef sollte nach Möglichkeit Schattenarbeitsplätze schaffen z.B. durch Sonnensegel.
3. Um der Hitze zu entgehen, kann die Arbeitszeit in den Morgen verlegt werden.

DGB

Deine Rechte bei Hitze im Büro

1. Hitzefrei gibt es auf der Arbeit nicht.
2. Ab 30 Grad Raumtemperatur muss dein Chef für Abkühlung sorgen. Zum Beispiel durch:
3. Steigen die Temperaturen auf über 35 Grad, kann der Raum nicht mehr zum Arbeiten genutzt werden.

DGB

4. Auch die Verpflichtung, Sonnenschutzkleidung und Sonnencreme bereitzustellen, kann in einer Betriebsvereinbarung geregelt werden.

QR Code führt zur ASR A3.5 Raumtemperatur - BAuA (pdf.)



GdP und PVAG-Polizeiversicherungs-AG

Tag der Wahrheit

Statt wie angenommen 150 Anwärter*innen des mittleren Dienstes wurden am 4. August 2022 129 von ihnen feierlich an der FHöVPR in Güstrow ernannt.

Eine starke Zahl, jedoch 21 Kolleg*innen weniger als erwartet. Hört sich zunächst wenig an, jedoch fehlt uns damit mitunter schon ein halbes Polizeiviertel. Auch die Be-

werberzahlen verzeichnen einen starken Rückgang. Es muss gehandelt werden, andernfalls könnte die Landespolizei MV den Anschluss an den offenen Arbeitsmarkt verlieren.

Wir freuen uns trotzdem sehr über die neuen Kolleg*innen und begrüßen sie recht herzlich in unserer Polizeifamilie!

„Wir als JUNGE GRUPPE der GdP MV wünschen euch einen guten Start in die Ausbildung!“ so der Landesjugendvorsitzende Henning Krause von der GdP MV.

Wir waren für euch heute bis zum Ende eures aufregenden Tages da.

GdP – genau die richtige Entscheidung!



Fotos (12): GdP MV



ENTSCHEIDUNG FÜR DIE EIGENE SICHERHEIT

Polizistinnen und Polizisten brauchen einen starken Partner – die Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Wer Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei ist, hat eine Entscheidung für seine Sicherheit getroffen. Und ist sich bewusst, dass seine persönlichen Interessen im Beruf von einer starken Gemeinschaft am besten durchzusetzen sind. Nur wenn wir zusammenstehen, können wir etwas bewegen – das ist das tragende Grundgefühl unserer GdP. Wenn Sie noch nicht Mitglied der GdP sind, ist es höchste Zeit, an Ihre berufliche Perspektive und Ihre persönliche Sicherheit im Beruf zu denken und zu handeln: im eigenen Interesse. Für unsere gemeinsamen Interessen. ■



Foto: GdP

Der Beitrag zahlt sich aus:

Dein Beruf.

Deine Gewerkschaft.

GdP. Euer Anwalt in der Öffentlichkeit.

Die GdP ist in den Medien präsent. Mit vielen Vorteilen für die Polizei.

Wir engagieren uns für eine leistungsgerechte Bezahlung. Für eine bessere Ausrüstung. Für die Polizei in der Demokratie und für die Demokratie in der Polizei. Wir scheuen keine Problemthemen der Gesellschaft. Wir legen den Finger auf den wunden Punkt.

Die GdP ist das aktive Sprachrohr für die Beschäftigten in der Polizei. Ganz offen. Ganz öffentlich. Insbesondere dann, wenn sich unsere Kolleginnen und Kollegen von Politikern alleingelassen fühlen.

Das Ziel: Mehr Verständnis, mehr Unterstützung für die Anliegen und Aufgaben der Polizei durch die Bürgerinnen und Bürger.



**Gewerkschaft
der Polizei**

Mecklenburg-Vorpommern



GdP Landesvorsitzender Christian Schumacher

Hier geht's zum
GdP-Mitgliedsantrag (PDF):



DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)



Wir gratulieren unserem Kreisgruppenvorsitzenden Christian Günther

Schwerin. Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei im LBPA/LPBK MV gratuliert auf diesem Wege unserem Kreisgruppenvorsitzenden Christian Günther ganz herzlich zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum. Wir verbinden unsere Glückwünsche mit dem besten Dank für die in den zurückliegenden Jahren geleistete Arbeit. „Günni“, wie er eigentlich immer nur genannt wird, war jahrelang als Vertrauensmann Ansprechpartner in der ersten Reihe in der

1. Einsatzhundertschaft und jetzt in der TEE. Als jetziger Kreisgruppenvorsitzender trägt er nochmals eine größere Verantwortung, sowohl innerhalb unserer Kreisgruppe, aber auch im Landesvorstand. Lieber Günni, wir wünschen dir für deine verantwortungsvolle Tätigkeit viel Erfolg, beste Gesundheit, aber auch ganz viel Unterstützung durch deinen Vorstand und durch die Vertrauensleute unserer Kreisgruppe.

Kreisgruppe LBPA/LPBK MV



Foto: GdP MV

GdP-Rechtsschutz greift auch im Sozialrecht – und ist erfolgreich

Schwerin. Da die größte Beschäftigtengruppe in der Landespolizei MV Beamte sind, könnte man meinen, dass die Rechtsschutzfälle nur beamtenrechtliche Entscheidungen betreffen. Aber weit gefehlt, denn das Berufsleben hält für alle Beschäftigtengruppen noch viel mehr Fallstricke bereit, gegen die man mit einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei und einem starken Rechtsschutz abgesichert sein sollte. Auch im Sozialrecht gibt es Dinge, die längst nicht nur unsere Tarifbeschäftigten, sondern auch vereinzelt Beamte betreffen. Im hier beschriebenen Fall war eine Tarifbeschäftigte nicht mit der Entscheidung des Versorgungsamtes einverstanden, weil der Grad der Behinderung viel zu niedrig angesetzt war. Und das hätte wesentliche Folgen gehabt!!

Sie bekam unverzüglich die Rechtsschutzzusage und konnte sich mit den fachlichen Spezialisten vom DGB Rechtsschutz zusammensetzen und ihren Fall besprechen. Der Widerspruch war schnell formuliert und dem Versorgungsamt zugesandt. Nach einer relativ kurzen Bearbeitungsfrist wurde dem Widerspruch in vollem Umfang stattgegeben und unsere Kollegin bekam den sachgerechten Grad der Behinderung zuerkannt. Gerade für solch gelagerte Fälle arbeitet die GdP MV schon sehr lange und erfolgreich mit dem DGB Rechtsschutz zusammen. Obwohl wir wissen, dass es sich in

solchen Fälle um sehr sensible handelt und die Betroffenen eher selten dabei Hilfe suchen, möchten wir genau dazu auffordern!! Die Entscheidungen der Versorgungsämter fallen nach unserer Einschätzung meistens zunächst eher nicht zugunsten der Antragsteller aus. Deshalb lohnt sich eine Anfra-

ge bei unserer GdP eigentlich immer. GdP-Rechtsschutz ist eine der wichtigsten Leistungen, immer nach dem Motto: „Gut zu wissen, dass man sie hat, wenn man sie braucht.“

Jörn Liebig,

Verantwortlicher für Rechtsschutz

Reaktionszeiten bei Notrufen

Wie schnell ist die Polizei in MV zur Stelle? Landesregierung weiß es nicht

Von Udo Roll | 26.07.2022, 17:35 Uhr




zur KLEINEN ANFRAGE (pdf)

Polizei im Einsatz FOTO: FABIAN GEIER VIA WWW.IMAGO-IMAGES.DE

Ein FDP-Landtagsabgeordneter fragte nach Reaktionszeiten der Polizei in MV vom Eingang des Notrufes bis zum Eintreffen am Einsatzort. Nun sieht er dringenden Handlungsbedarf.